

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 27.01.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic

RM Frau Brigitte Biermann

RM Frau Marlis Bußmann

Herr Yunus Cakar

Frau Dilek Dogan-Alagöz

Herr Ugur Düger

Frau Irimi Mavreli

Frau Viola Obasohan

Herr Mehmet Ali Ölmez

Herr Ali Sedo Rasho

RM Herr Andreas Rüter

Herr John Jude Pirapakaran

Savarimuthu

RM Herr Michael Weber

Herr Cemil Yildirim

Herr Selim Yilmazer

Stellvertretende Mitglieder

RM Herr Mahmut Koyun

Entschuldigt:

Frau Aylin Aydemir

RM Frau Wiebke Estdar

Von der Verwaltung:

Frau Isfendiyar – Kommunales Integrationszentrum –

Frau Grewe - Kommunales Integrationszentrum –

Frau Krutwage- Büro für integrierte Sozialplanung und Prävention -

Herr Feix – Amt für soziale Leistungen –Sozialamt –

Herr Markus - Amt für soziale Leistungen –Sozialamt –

Herr Heibroock – Amt für Jugend und Familie – Jugendamt -

Vorsitzender Herr Ölmez begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird erweitert:

hier: Punkt 5.1 Resolution gegen Sexismus und Rassismus

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Herr Vorsitzender Ölmez stellt keine Wortmeldungen fast.

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Integrationsrates und des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.11.2015 der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 25.11.2015

Beschluss:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Integrationsrates und des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 24.11.2015 der Niederschrift über die Sitzung des Integrationsrates am 25.11.2015 werden nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

- Herr Yildirim bringt seine Enttäuschung über den Umgang des Schulamtes mit den Fragen des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts zum Ausdruck. Die formulierten Anliegen der Eltern, bzw. Unterschriften, die bei der Behörde eingereicht wurden, habe man im Nachhinein nicht finden können. Er frage sich nach dem Sinn, weiterhin als Mitglied des Integrationsrates zu agieren.
- Ein Jahresempfang des Kulturamtes und die Ausstellungseröffnung „Gesichter der DEFA“ finden am Mittwoch, 24. Februar, um 18:00 Uhr, in der Kommunalen Galerie des Kulturamtes, Kavallerie Str. 17 statt. Der Integrationsrat ist herzlich eingeladen.
- Frau Isfendiyar teilt mit: Die Start Stiftung unterstützt weitere

Stipendiaten durch NeuSTART dabei, schneller in Deutschland anzukommen, ihren eigenen Weg zu finden und sich aktiv einzubringen.

Das Anliegen ist, die neu zugewanderten Jugendlichen bei der Gestaltung ihrer Bildungsbiographie zu unterstützen.

Das START-Stipendium umfasst eine materielle und eine ideelle Förderung. Der Bewerbungsraum ist von 15. März bis 20. Mai 2016.

Mehr Informationen können eingeholt werden:

START-Stiftung gGmbH, Friedrichstr. 34, 60323 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 300 388 – 400, **Fax:** +49 (69) 300 388 - 499 **E-Mail:** [info\(at\)start-stiftung.de](mailto:info(at)start-stiftung.de); **Web:** www.start-stiftung.de

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Resolution gegen Sexismus und Rassismus**

Frau Adilovic erklärt zum Resolutionstext, der dem Gremium zur Abstimmung vorliegt, dass der Integrationsrat damit mit einer Stimme die sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Bielefeld und anderen deutschen Städten auf das Schärfste verurteilen werde. Sie persönlich sei als politische Vertreterin der Migrantinnen und Migranten in Bielefeld angesichts der teils massiven Gewalt gegen Frauen, die offenbar durch Menschen mit Migrationshintergrund verübt wurde, entsetzt. Gleichzeitig nehme sie mit großer Sorge zur Kenntnis, dass diese Vorfälle genutzt würden, um Flüchtlinge und Migranten pauschal zu verurteilen.

RM Herr Rüter unterstreicht in dem Zusammenhang die Notwendigkeit, der lückenlosen Aufklärung und Verurteilung der Täter nach dem geltenden Recht. Dabei dürfe die ethnische Herkunft der Täter keine Rolle spielen. Der Haupt- und Beteiligungsausschuss werde sich am 4. Februar mit der Thematik auseinandersetzen. Konkrete Schritte, Maßnahmen sollten ergriffen werden, wenn eine sachliche Informationsgrundlage vorliege.

RM Frau Biermann und RM Frau Bußmann begrüßen den Resolutionsentwurf. Die Medien und die Politik fokussierten auf den

kulturellen Hintergrund der Täter und suggerieren so einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Übergriffen und der Herkunft der Täter. Daraus folgere man scheinbar, dass von ausländischen Männern eine erhöhte Gewaltbereitschaft ausgehe. Eine systematische Aufklärung über die Thematik sei auch in Zukunft sehr entscheidend..

Herr Yilmazer und Herr Yildirm lehnen jegliche Pauschalisierung ab. Es gebe nirgendwo eine Kultur, die Gewalt gegen Frauen gutheiße. Außerdem sei statistisch belegt, dass ausländische Staatsangehörige nicht mehr Straftaten begehen als Deutsche.

Herr Vorsitzender Ölmez und Frau Obasohan halten es für dringend notwendig einen „Runden Tisch“ einzurichten, an dem alle relevanten Akteurinnen und Akteure beteiligt werden. Die Verwaltung möge hier einen Vorschlag unterbreiten.

Im Anschluss der Diskussion wird folgende Resolution **einstimmig** beschlossen:

Resolution gegen Sexismus und Rassismus

Der Integrationsrat verurteilt entschieden jede Form sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die Vorkommnisse in Bielefeld stellen einen schwerwiegenden Angriff auf die Gleichberechtigung der Frauen und eine massive Menschenrechtsverletzung dar, denen wir mit aller Konsequenz entgentreten müssen!

Ungeachtet der Herkunft und Nationalität der Täter dürfen gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen in keinster Weise toleriert werden.

Wer weder persönliche Würde noch sexuelle Integrität von Frauen und Mädchen respektiert oder absichtlich verletzt, stellt sich außerhalb unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Wir rufen auf, hinzuschauen, auch im persönlichen Umfeld, und sexualisierte Gewalt in keiner Weise durchgehen zu lassen, sich aktiv für die Würde und den Respekt gegenüber Menschen gleich welcher sexuellen Orientierung und Identität einzusetzen!

Der Integrationsrat fordert eine schonungslose Aufklärung der Vorfälle und einen ausführlichen Bericht zu den Ereignissen in der Silvesternacht. Es muss eindeutig klar sein, wer die mutmaßlichen Täter waren, wie viele es waren und woher sie kommen.

Es ist in diesem Zusammenhang unstrittig, dass bestimmte Personengruppen und soziale Milieus bezogen auf einzelne Deliktarten überrepräsentiert sind. Dieses hat viele und vor allem komplexe Gründe und lässt keinesfalls Rückschlüsse auf die Gesamtgruppe zu.

Sexualisierte Gewalt darf nicht mit diskriminierenden Mitteln bekämpft werden. Werden bestimmte Personengruppen stigmatisiert, bildet dieses den Nährboden für

Alltagsrassismus und Benachteiligungen. Zutrittsverbote für männliche Flüchtlinge zu Hallenbädern und Diskotheken sind diskriminierend.

Mit großer Sorge beobachten wir zugleich, dass rechte Gruppen die Übergriffe in der Silvesternacht missbrauchen, um pauschalierend Stimmung gegen Flüchtlinge bzw. Menschen mit Migrationshintergrund zu

machen. Überfälle von rechten Gruppen sowie Aktivitäten selbsternannter „Bürgerwehren“ wie auch gemeinsame Auftritte von Hooligans und Türstehern auf dem Jahnplatz verurteilen wir auf das Schärfste! Selbstjustiz und Gewalt gegen wahllos ausgesuchte Opfer sind ebenso inakzeptabel wie sexuelle Übergriffe gegen Frauen und Mädchen. Viele Bielefelderinnen und Bielefelder mit und ohne Migrationshintergrund beobachten voller Sorge diese menschenfeindliche Entwicklung. Wir fordern die Sicherheitsbehörden deshalb auf, dieser Zusammenrottung von rechten Gruppen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Der Integrationsrat warnt davor, die Geschehnisse ausschließlich unter Sicherheitsaspekten zu betrachten. Wir fordern eine intensive sozial- und integrationspolitische Analyse, um festzustellen, an welchen Punkten Integrationsmaßnahmen offenbar noch intensiviert werden müssen. Dieses erfordert, dass politische Gremien aller Ebenen entsprechend Weichen stellen und für eine echte und nachhaltige Integration von Neuzuwanderern weitergehende Maßnahmen in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellen und eventuell mit den notwendigen Finanzmitteln ausstatten.

Der Integrationsrat appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger - unabhängig von der Nationalität, ethnischen Herkunft und Religion -, sich weiterhin für den Erhalt eines gedeihlichen Zusammenlebens in unserer weltoffenen Stadt einzusetzen.

Zu Punkt 6

Berichte aus den Ausschüssen

Herr Vorsitzender legt keine Wortmeldungen fest.

Zu Punkt 7

Inhaltliche Darstellung der neuen Schwerpunktziele des Kommunalen Integrationszentrums

Frau Isfendiyar stellt die Schwerpunkte der Arbeitsbereiche des Kommunalen Integrationszentrums dar und erläutert die einzelnen Maßnahmen im jeweiligen Handlungsfeld (**Anlage**).

Zu Punkt 8

Haushalts- und Stellenplan 2016 für das Kommunale Integrationszentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2625/2014-2020

Beschluss:

Der Integrationsrat / der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2016 bis 2019 wie folgt zu beschließen (s. HH.-Planentwurf, Bd. II, S. 151 - 159):

1. Den Zielen und Kennzahlen

der Produktgruppe 11.01.27 – Kommunale Integrationsarbeit /-förderung – wird zugestimmt.

2. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.27 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 170.900 € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.029.124 € wird mit folgender Änderung zugestimmt:

- Erhöhung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (lfd. Nr. 2) im Jahr 2018 um 153.000 € von 17.000 € auf 170.000 €.

3. Den Teilfinanzplänen der Produktgruppe 11.01.27 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,00 € und investiven Auszahlungen in Höhe von 2.500,00 € wird zugestimmt.

4. Dem Stellenplan 2016 für das Kommunale Integrationszentrum wird zugestimmt.

5. Den Konsolidierungsmaßnahmen Nr. 14 - 15 des Kommunalen Integrationszentrums wird zugestimmt. Die Maßnahmen sind als Anlage beigefügt.

- einstimmig bei vier Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Haushaltsplan 2016 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2525/2014-2020

Herr Feix gibt zu Beginn einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung des Haushaltes.

Herr Markus stellt die Produktgruppen im Einzelnen genauer vor.

Herr Düger beanstandet die Form der Darstellung der Ansätze in der Vorlage. Die Einnahmen vom Land, eine differenzierte Einnahmen und Ausgaben der Kommune, Belastungen oder Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger würden nicht präsentiert. Ein kausaler Zusammenhang zwischen der steigenden Zahl von Geflüchteten und zunehmenden Kosten für die Stadt sowie Rückläufigkeit der Personalkosten werde nicht erläutert.

Ferner würden dem Integrationsrat die migrantenspezifischen Ansätze nicht übersichtlich dargestellt, obwohl dieses in den vergangenen Jahren bereits angemahnt wurde.

Herr Feix nimmt die Beanstandung zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen

der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 4) enthaltenen Sachverhalte zugestimmt.

2. Den Teilergebnisplänen folgender Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 2) enthaltenen Sachverhalte zugestimmt.

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	251 €	153.345 €	153.094 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	43.550.314 €	119.365.638 €	75.815.324 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	58.616.903 €	70.628.480 €	12.011.577 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	14.056.898 €	71.350.134 €	57.293.236 €
Summen		116.224.366 €	261.497.597 €	145.273.231 €

3. Den Teilfinanzplänen A und B folgender Produktgruppen wird

unter Berücksichtigung der in der Veränderungsliste (Anlage 3) enthaltenen Sachverhalte zugestimmt.

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 68.000 €, investive Auszahlungen = 233.928 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 5.000 €

4. Den speziellen **Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

11.05.01 Grundsicherung für Arbeit (S. 787 Bd. II)

11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts (S. 793 Bd. II)

11.05.03 Besondere soziale Leistungen (S. 802 Bd. II)

Dem Stellenplan 2016 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt.

-bei einer Gegenstimme und vier Enthaltungen zur Kenntnis genommen-

Zu Punkt 10 Haushaltsplan 2016 für das Amt für Jugend und Familie
-Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2566/2014-2020

Herr Heibrock erläutert die Vorlage und beantwortet die Fragen von Herrn Yilmazer und Frau Bußmann. Herr Yilmazer vermisst die Darstellung der migrantenspezifischen Ansätze in der Vorlage.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen unter Einschluss der Veränderungsliste gem. Anlage 4** der

Produkt-gruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendunge n	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugend-hilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	24 €	70.726 €	70.702 €
11.05.07	Unterhaltsvorschuss	4.208.044 €	6.380.059 €	2.172.015 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	66.765.418 €	142.374.327 €	75.608.909 €
11.06.02	Förderung von Familien	13.831.691 €	74.714.026 €	60.882.335 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	626 €	1.983.716 €	1.983.090 €
Summen		84.805.803 €	225.522.854 €	140.717.051 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Beschlüsse gefasst werden.

Den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichn ung	Investive Einzahlun gen	Investive Auszahlun gen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Präventio n	110.000 €	337.184 €	227.184 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	86.398 €	76.398 €
Summen		120.000 €	423.582 €	303.582 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushaltsplan 2016** wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf 2016 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-** wird zugestimmt.
5. Den **laufenden Nrn. 191 – 205 der Konsolidierungsmaßnahmen 2016 – 2020** wird zugestimmt.

6. Der Kürzung des Zuschusses an die REGE im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen für Beteiligungen wird zugestimmt.

7. Den vier Konsolidierungsmaßnahmen für Einzelprojekte im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung wird zugestimmt.

- bei sieben Enthaltungen und eine Gegenstimme beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **Richtlinien zur Vergabe von Projektmitteln im Rahmen des Handlungskonzeptes zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2648/2014-2020

Frau Krutwage verweist auf die Vorlage und berichtet, der Jugendhilfeausschuss habe Bedenken bezüglich der Zusammensetzung des „Beirates“ geäußert. Die Bezeichnung „Vergabegremium“ wurde vorgeschlagen.

Frau Krutwage erläutert, dass mit diesen Richtlinien eine schnelle Umsetzung ermöglicht werden solle.

RM Herr Weber merkt an, die Entscheidung über die Vergabe der Projektmittel durch einen „Beirat“ sei rechtlich nicht abgesichert. Dies müsse noch geklärt werden.

Bei der Besetzung des „Beirates“ mit 2 Vertreter/innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände, die zugleich Antragsteller der Gelder sind, bestehen Bedenken. Die Einflussmöglichkeiten der Politik, würden durch die Schaffung von „Parallelstrukturen“ eingeschränkt. Durch die geplante Zusammensetzung des Beirates wären die Stimmen aus der Kommunalpolitik in der Minderheit. Auch die Stimmberechtigung und den Vorsitz des Sozialdezernenten stelle ein Problem dar. Dies sei bedenklich mit Blick auf die demokratische Legitimierung.

RM Frau Biermann plädiert für eine schnelle Entscheidung über die Vergabe. Die Verzögerung wäre für viele Initiativen von Nachteil.

RM Herr Weber sieht in einer gemeinsamen Sitzung von Integrationsrat und SGA die Möglichkeit, eine zeitnahe Entscheidung zu fällen.

RM Frau Bußmann spricht sich ebenfalls für eine schnelle und transparente Entscheidung aus. Herr Yilmazer und RM Herr Koyun plädieren für eine niedrigschwellige Angebotsstruktur für Geflüchtete. Deshalb sollten Migrantenorganisationen besonders berücksichtigt werden.

Frau Krutwage ergänzt die Vergaberichtlinien: Unter dem Punkt Antragsberechtigung wird „Migrantenorganisationen“ aufgenommen. Ferner wird den Begriff „Beirat“ durch „Vergabegremium“ ersetzt.

Anschließend lässt Herr Vorsitzender Ölmez über die Richtlinien, in der als 1. Lesung beraten wurde, abstimmen.

- bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen -

Mehmet Ali Ölmez

Emir Ali Sağ